

Haushaltsarbeiterinnen in ver.di fordern: Arbeitsrechte für alle!

Flugblatt für eine Protestaktion beim DBG-Workshop zum Thema illegale Beschäftigung in Berlin am 30.11.2005

Die ersten Frauen, die sich in Deutschland gewerkschaftlich organisiert haben, waren neben Textilarbeiterinnen die Haushaltsarbeiterinnen. Sie waren größtenteils Migrantinnen, die aus den ländlichen Gebieten in die Städte gekommen sind und dort als "Dienstmädchen" Arbeit gefunden haben. Heute wird die Haushaltsarbeit wieder zunehmend an bezahlte Arbeitskräfte abgegeben. Die meisten sind genauso Migrantinnen, die aber heute von weiter weg nach Deutschland kommen. Ihre Arbeit wird gebraucht und nachgefragt, andererseits sehen sie sich mit der Problematik der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis konfrontiert, sie werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und führen ein sehr prekäres Leben.

Haushaltsarbeit ist für Einzelne, Familien und die Gesellschaft von großer Bedeutung. Das tagtägliche Saubermachen, Aufräumen, Verpflegung und Betreuung von Kindern, Kranken und Älteren ist die Grundlage für das Funktionieren der Haushalte und der Gesellschaft. Trotzdem hat diese Arbeit eine niedrige Anerkennung. Auch die Arbeitsbedingungen sind oft sehr schlecht, da viele davon ausgehen, dass es in diesem Bereich keine Arbeitsrechte gibt.

Wir sind Frauen, die in Haushalten und als Reinigungskräfte arbeiten und ihre Mitstreiterinnen, die sich organisiert haben, um ihre Rechte als Arbeiterinnen durchzusetzen. Wir gehören zum europäischen Netzwerk Respect, das sich für die Rechte der Migrantinnen in der Haushaltsarbeit einsetzt und wir arbeiten mit verschiedenen Organisationen der MigrantInnen und Flüchtlinge zusammen. Wir sind auch Mitglieder von ver.di.

Bisher hat es ver.di ermöglicht, dass ArbeiterInnen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Mitglieder werden können. Das ist ein erster und wichtiger Schritt, aber damit ist es nicht getan. Wir brauchen und fordern als ver.di Mitglieder mehr.

Wir wollen, dass die Gewerkschaft ver.di unseren Kampf für Rechte sowie für Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Lebensbedingungen allgemein mit konkreten Taten unterstützt. Wir wollen, dass sie uns als Arbeiterinnen im Bereich der Dienstleistungen repräsentiert und sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene für die Rechte der MigrantInnen, gegen Rassismus und für Legalisierung einsetzt.

Unsere Forderungen

ver.di soll sich für Arbeitsrechte der Haushaltsarbeiterinnen einsetzen und Mindestgarantien durchsetzen:

- Mindestlohn
- Lohnfortzahlung im Fall von Krankheit der Arbeiterin oder bei längerer
- Abwesenheit der ArbeitgeberInnen (z.B. Urlaub)
- Einhalten der Kündigungsfristen
- Gesundheitsversorgung

ver.di soll eine Beratungsstelle einrichten, die sich den Problemen von Migrantinnen in der Haushaltsarbeit widmet. Diese soll Information und Beratung anbieten in bezug auf Arbeitsrechte und Arbeitsgesetze, aber auch andere Gesetze, vor allem Zuwanderungsgesetze. Auch soll diese Beratungsstelle den Arbeiterinnen die Informationen über andere Beratungs- und Unterstützungsangebote vermitteln, z.B. in Bezug auf medizinische Behandlung, Sprachlernen, Bildung... Die Beratung soll in verschiedenen

Sprachen angeboten werden.

ver.di sollte eine kompetente Beratung entwickeln und anbieten, um Arbeitsrechte bei ungesichertem Aufenthaltsstatus durchzusetzen. Nur so kann die Gewerkschaft HausarbeiterInnen vertreten, z. B. im Falle von Lohnraub oder Arbeitsunfall. Auch soll sie die Arbeiterin dabei unterstützen, den ausstehenden Lohn einzufordern, z.B. durch Ermahnen der zahlungsunwilligen ArbeitgeberInnen und durch Vertretung der Arbeiterin im Gerichtsprozess gegen die ArbeitgeberInnen

Außerdem soll sie die verschiedenen Fälle der Ausbeutung, des Missbrauchs und Verletzung der Rechte der Arbeiterinnen sowie wie es dagegen vorgegangen worden ist, dokumentieren und in die Öffentlichkeit bringen

ver.di soll über die Möglichkeit der Mitgliedschaft unabhängig von Aufenthaltsstatus sowie über die Beratungs- und Unterstützungsangebote gezielt informieren

ver.di soll sich für gleiche (Arbeits-) Rechte für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus politisch einsetzen

ver.di soll sich für die Unterzeichnung der "Internationalen UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und deren Familienangehörigen" stark machen

respect-Initiative Berlin, November 2005